

96. Sitzung

am Donnerstag, dem 23. Januar 1986, 9.30 Uhr,
in München

Geschäftliches	5959, 5963, 5968, 5969
Nachruf auf die ehem. Abg. Marx und Dietlein	5959
Eintritt des Abg. Auer in den Landtag	5959
Geburtstagswünsche für Abg. Baumann , Zweiten Vizepräsidenten Lechner , Frau Staatssekretärin Dr. Berghofer-Weichner und Abg. Dr. Weiß	5960
Antrag der Abg. Dr. Rothemund u.a. u. Frakt. SPD betr. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung von Vorwürfen gegen bayerische Behörden sowie zur Prüfung personeller Konsequenzen bei der Bayerischen Landesbank im Zusammenhang mit Steuerstrafverfahren bzw. strafrechtlichen Ermittlungen gegen Schleicher, Mega-Petrol u.a. (Drs. 10/8726)	
Beschlußempfehlungen des Geschäftsordnungsausschusses (Drs. 10/8973, 10/8982)	
Frau König (SPD), Berichterstatterin	
Frau König (SPD)	5960
Dr. Merkl (CSU)	5961
Erklärung gem § 111 GeschO	
Dr. Götz (SPD)	5962
Beschluß	5969
Neuwahl berufsrichterlicher Mitglieder zum Bayerischen Verfassungsgerichtshof	
Wirth (SPD)	5970
Beschluß	5970
Umbesetzungen in den Ausschüssen	5970
Schluß der Sitzung	5970

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 30 Minuten

Präsident Dr. Heubl: Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 96. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks sowie das ZDF haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Meine Damen, meine Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung bitte ich Sie, zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am ersten Weihnachtsfeiertag 1985 verstarb Herr Franz **Marx** einen Monat vor seinem 83. Geburtstag in München. Geboren wurde er am 26. Januar 1903 in Köln-Mülheim. Er erlernte nach der Schulzeit den Beruf eines Maschinenschlossers. Sein früherer Widerstand gegen die Nationalsozialisten brachte ihm wiederholt Verfolgung und Haft ein. Nach dem Kriegsende gehörte er zu den Männern der ersten Stunde, die sich für den Wiederaufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung tatkräftig einsetzten. Mitglied des Bayerischen Landtags war Franz Marx von 1946 bis 1949 für den Stimmkreis München IX. Er war in dieser Zeit vor allen Dingen auf dem Gebiet der Sozialpolitik engagiert tätig. Anschließend war Herr Marx 23 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages.

Am Samstag, dem 18. Januar 1986, verstarb Herr Johann **Dietlein** im Alter von 82 Jahren. Geboren wurde er am 26. August 1903 in Zeil am Main; er arbeitete nach der Schulausbildung zuerst in der Landwirtschaft, später als Lagerhalter. Auch Johann Dietlein setzte sich sogleich nach dem Kriegsende politisch engagiert für den Wiederaufbau unseres Landes ein, zunächst als Stadtrat in Zeil, sodann im Bayerischen Landtag von 1946 bis 1950. Er war gewählt im Stimmkreis Haßfurt. In dieser Zeit arbeitete Johann Dietlein vor allem im Ausschuß für Eingaben und Beschwerden.

Die bayerische Volksvertretung wird dieser beiden verdienstvollen ehemaligen Kollegen stets in Ehren gedenken.

Sie haben sich zu Ehren der Toten von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Mitteilung über eine Mandatsnachfolge:

Der Herr Landeswahlleiter hat mir mitgeteilt, daß als Nachfolger für den mit Ablauf des 31. Dezember 1985 ausgeschiedenen Abgeordneten Ludwig Meyer, der zum Landrat des Landkreises Landshut gewählt worden ist, Herr Arthur **Auer** aus Au, Gemeinde Baierbach/Niederbayern, berufen wurde. Herr Auer hat das Landtagsmandat angenommen und ist damit seit 3. Januar 1986 Abgeordneter des Bayerischen Landtags.

Ich darf den Herrn Kollegen Auer herzlich begrüßen. Ich wünsche ihm alles Gute für die vor ihm stehende parlamentarische Zeit.

(Beifall)

(Präsident Dr. Heubl)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich noch einige Glückwünsche aussprechen:

Am 22. Dezember 1985 feierte Herr Kollege **Baumann** seinen 60. Geburtstag. Herr Kollege Baumann, herzlichen Glückwunsch persönlich und auch im Namen des Hohen Hauses!

(Beifall)

Heute haben Geburtstag unser Zweiter Vizepräsident **Ernst Lechner**, Frau Staatssekretärin **Dr. Berghofer-Weichner** und Herr Kollege **Dr. Weiß**.

(Beifall)

Ich darf im Namen des Hohen Hauses und persönlich sehr herzlich gratulieren und mich insbesondere bei Herrn Vizepräsident Lechner für die kollegiale und liebenswürdige Zusammenarbeit im Präsidium bedanken.

Nun darf ich in die Tagesordnung eintreten.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 1:

Antrag der Abgeordneten Dr. Rothmund und anderer und Fraktion SPD betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung von Vorwürfen gegen bayerische Behörden sowie zur Prüfung personeller Konsequenzen bei der Bayerischen Landesbank im Zusammenhang mit Steuerstrafverfahren bzw. strafrechtlichen Ermittlungen gegen Schleicher, Mega-Petrol u.a. (Drucksache 10/8726)

Über die Beratungen im Ausschuß für Geschäftsordnung und Wahlprüfung (Drucksache 10/8973, 10/8982) berichtet Frau Abgeordnete König.

Frau **König** (SPD), Berichterstatterin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ausschuß für Geschäftsordnung und Wahlprüfung hat vorgestern in seiner 22. Sitzung am 21. Januar 1986 den Antrag der SPD-Fraktion auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung von Vorwürfen gegen bayerische Behörden sowie zur Prüfung personeller Konsequenzen bei der Bayerischen Landesbank behandelt. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter Herr Dr. Merkl.

In der allgemeinen Diskussion führte Mitberichterstatter Dr. **Merkl** aus, daß gegen die Zulässigkeit des Untersuchungsbegehrens bei der CSU Bedenken bestünden. Umfangreiche Darstellungen in der Literatur ließen zweifeln, ob der Bayerische Landtag sich in einem Untersuchungsausschuß mit einer Landesbank, die nur mittelbar der Kontrolle des Staates unterstehe, auseinandersetzen könne. Obwohl bei der CSU-Fraktion erhebliche Bedenken bestünden, habe der Arbeitskreis der CSU sich nach einer längeren Diskussion aber entschlossen, dem Untersuchungsausschuß zuzustimmen, und zwar deshalb, weil bei den Gründen, die für und gegen einen Untersuchungsausschuß sprächen, immerhin zu befürchten sei, daß es darüber zu einem Rechtsstreit kommen könnte.

In seinen Ausführungen rügte Herr Kollege Merkl bei den einzelnen Fragen fünf Punkte:

- Der Antrag enthalte sprachliche Ungenauigkeiten.
- Der Bestimmtheitsgrundsatz sei verletzt, weil in einer Frage bei dem Namen Willner der Vorname Ernst fehle.
- Der Antrag enthalte unzulässige Fragen; mit Behauptungen werde versucht, Ausforschungsbeweise anzutreten.
- Fragen enthielten das Wort „eidesstattliche Versicherung“ statt „Versicherung an Eides Statt“.
- Der Fragenkatalog enthalte Unterstellungen.

Zusammenfassend sei aus der Sicht der CSU zu dem Antrag der SPD zu sagen, daß man sich nicht auf die eingangs dargestellte Rechtsposition zurückziehe, sondern die Fragen zulassen wolle, soweit sie nicht andere Gesichtspunkte tangierten. Die gestellten Fragen könnten mit ganz geringen Ausnahmen so umformuliert werden, daß die CSU ihnen zustimmen könne.

Als Berichterstatterin habe ich anschließend die grundsätzliche Zustimmung der CSU begrüßt und darauf hingewiesen, daß ihre rechtlichen Bedenken gegen die Zulässigkeit schon deswegen nicht ganz schlüssig sein könnten, weil auch schon andere Landtage das Verhalten von Landesbanken untersucht hätten; ich verwies auf die Untersuchungsausschüsse über das Verhalten von Helaba und Westdeutscher Landesbank. Die CSU habe gut daran getan, nicht auf ihrer Rechtsauffassung zu beharren.

Ich habe auch zurückgewiesen, daß unsere Anträge ungenau seien.

Der Ausschuß ist dann in die Einzelberatung eingetreten. Dabei hat die CSU bei zwei Fragen zwei für uns wesentliche Punkte nicht angenommen.

Heute morgen hat eine weitere Sitzung stattgefunden; es war die 23. Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses. Über die Sitzung liegt noch kein Protokoll vor, so daß ich aus dem Gedächtnis berichten muß. Diese weitere Ausschußsitzung fand statt, weil die CSU uns per Brief mitgeteilt hatte, daß sie zwei weiteren Aspekten einer Frage zustimmen und eine Frage, die ganz abgelehnt worden sei, in abgeänderter Form annehmen werde.

Entsprechend lautet nach dem Beschluß des Ausschusses von heute morgen Frage III. 4 jetzt:

Waren gegebenenfalls das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, das Bayerische Staatsministerium der Justiz oder diesen nachgeordnete Dienststellen mit diesem Verfahren befaßt? Haben sie gegebenenfalls auf dieses Verfahren Einfluß genommen, gegebenenfalls wie? Wurden die Verfahren gegebenenfalls von dritter Seite beeinflußt oder wurde ein entsprechender Versuch unternommen, gegebenenfalls aufgrund von Spenden oder Zuwendungen des Herrn Schleicher?

Frage III. 5. lautet jetzt:

Trifft es insbesondere zu, wie im „stern“ vom 19. 9. 1985 behauptet wird, daß die Herren Ernst Willner,

— die CSU hatte diesen Namen leider im Vorschlag vergessen —

Dr. Reuther, Rechtsanwalt Eschenlohr oder einer von diesen durch eine Vorsprache beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen diese Verfahren beeinflussende Maßnahmen erwirkten oder daß sie einen solchen Versuch unternommen haben? Wann war dies gegebenenfalls?

— Frage III. 6. ist ganz neu und lautet wie folgt:

Trifft es zu, wie im „stern“ vom 19. 9. 1985 behauptet, daß im Jahre 1978 an Finanzminister Streibl von Herrn Ernst Willner im Hotel Vier Jahreszeiten in München Geld in einem Umschlag übergeben worden ist? Falls ja, wofür?

Der Ausschuß hat die Fragen in dieser Fassung einstimmig angenommen. Die SPD hat darauf ihre großen Bedenken, die sie vorgestern noch hatte, weil wesentliche Fragenkomplexe nicht zugelassen worden waren, zurückgestellt. Wir meinen insgesamt, daß damit unserem Anliegen Rechnung getragen wurde.

Ich bitte das Hohe Haus um Entscheidung.

Präsident Dr. Heubl: Ich danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Aussprache.

Zu Wort hat sich gemeldet Frau Abgeordnete König. Bitte sehr!

Frau König (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten Monaten sind bundesweit in allen Zeitungen die Bayerische Landesbank und Mitglieder des bayerischen Kabinetts, insbesondere der Staatsminister der Finanzen, Max Streibl, ins Gerede gekommen. In der Zeitschrift „stern“ war z.B. zu lesen, daß die Bayerische Landesbank, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, Kredite an die Ölfirma Mega-Petrol gegeben hätte, obwohl der Landesbank bekannt gewesen sei, daß sich diese Firma über ein verbotenes Schneeballsystem finanziere. So berichtet der „stern“ in seiner heute morgen erschienenen Ausgabe:

Das Unternehmen hatte ein verbotenes Schneeballsystem betrieben; Gewinne wurden nicht aus Erträgen, sondern aus den Einlagen der Kommanditisten und aus Krediten bezahlt. Die Landesbank wußte davon.

Im September 1985 schrieb der „stern“, daß es einem der Hauptbeteiligten gelungen sei, durch Einschaltung des Finanzministers Max Streibl die Einstellung eines gegen ihn gerichteten Strafverfahrens gegen Zahlung einer Spende von 25 000 DM an die CSU in Ingolstadt zu erreichen.

Weiter steht der Vorwurf im Raum, daß der zuständige Staatsanwalt in diesem komplizierten Wirtschaftsstrafverfahren nach eigener Aussage — wie z.B. in der Zeitschrift „Schanzer Journal“ zu lesen war — kurz vor dem Abschluß seiner Ermittlungen und der Anklageerhebung versetzt wurde.

Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion die Einsetzung des Untersuchungsausschusses verlangt.

- Es muß geklärt werden, ob der schwarze Filz schon so groß ist,

(Zurufe und lebhafter Widerspruch bei der CSU)

daß für eine 25 000-DM-Spende an die CSU Strafverfahren, die sich auf Steuerhinterziehungen in Millionenhöhe beziehen, eingestellt werden

(Beifall bei der SPD)

und dem Steuersäckel Millionenbeträge verloren gehen.

- Es muß geklärt werden, ob es zutrifft, daß sich bayerische Minister für Werbeveranstaltungen unseriöser Firmen haben anheuern lassen.
- Es muß geklärt werden, ob es zutrifft, daß sich bayerische Minister Kuverts mit einigen Tausend DM haben zustecken lassen.

(Unruhe und Zurufe bei der CSU)

- Es muß geklärt werden, warum die Bayerische Landesbank, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, Kredite in Millionenhöhe an die Mega-Petrol vergeben hat, obwohl die Landesbank selbst schriftlich niedergelegt hat, daß die 15 Prozent Ausschüttung an die Gesellschafter nicht aus Gewinnen, sondern aus den Einzahlungen der Gesellschafter gezahlt wurden.
- Es muß geklärt werden, welche Gründe die Landesbank veranlaßten, diese für sie als öffentlich-rechtliche Körperschaft höchst unseriöse und nicht hinnehmbare Geschäftspolitik zu betreiben. Es muß doch irgendwelche Hintergründe gegeben haben, daß die Landesbank so gehandelt hat.

- Es muß geklärt werden, wie das Aufsichtsorgan der Landesbank, der Verwaltungsrat, reagiert hat, in dem nicht nur der Finanzminister, sondern auch der Innenminister und Vertreter der Staatskanzlei, des Wirtschaftsministeriums, des Landwirtschaftsministeriums, des Sozialministeriums, des Umweltministeriums und des Kultusministeriums sitzen. Neben dem Innen- und dem Finanzminister sind noch jeweils drei Vertreter aus dem Ministerium zusätzlich im Verwaltungsrat.
- Es muß geklärt werden, ob der Kreditausschuß der Bayerischen Landesbank, in dem Finanzminister Max Streibl Sitz und Stimme hat, mit den Krediten befaßt war.
- Es muß geklärt werden, ob es zutrifft, daß jeder Kredit über 10 Millionen DM vom Kreditausschuß behandelt werden muß. Das würde nämlich bedeuten, daß sich der Kreditausschuß mehrfach mit diesem unsauberen und dubiosen Engagement der Bayerischen Landesbank beschäftigen mußte.
- Es muß geklärt werden, ob sich der Kreditausschuß in der hochkarätigen Besetzung mit den Unterlagen auseinandersetzt; ob er die Fälle überhaupt inhaltlich prüft oder ob man nur gemütlich zusammensitzt und seinen Pflichten nicht nachkommt.
- Es muß geklärt werden, wie die Staatsanwaltschaft diesen ganzen Fall behandelt hat; ob sie Hinweisen und Anzeigen, die sehr frühzeitig bei ihr eingegangen sind, nachgegangen ist. Diese Hinweise und Anzeigen sind dahin gegangen, daß die Landesbank in dubiose Geschäfte verwickelt sei. Ist die Staatsanwaltschaft diesen Hinweisen rechtzeitig und intensiv nachgegangen, hat sie wichtige Unterlagen beschlagnahmt, oder hat sie nach der Devise, das kann ja gar nicht sein, daß so wichtige Personen so handeln, in freundschaftlichem Ton nur nachgefragt, ob da vielleicht etwas dran sei?
- Es muß geklärt werden, ob die Staatsanwaltschaft zu Recht Einstellungsverfügungen erlassen hat oder ob sie eingestellt hat, ohne korrekt zu prüfen, wie hoch die Schuld der Betroffenen war.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus diesem Grunde hat die SPD-Fraktion diesen Ausschuß beantragt. Die CSU hat sich heute morgen im Geschäftsordnungsausschuß doch noch dazu durchgerungen, zwei wesentliche Fragen hinzunehmen, wenngleich in etwas abgeänderter Form. Dies bedeutet jedoch nicht, daß sie unbedingt den Sachverhalt aufklären will. Es bedeutet vielmehr, daß sie unter dem Druck der gestrigen Zeitungsartikel ihre Strategie geändert hat.

(Beifall bei der SPD — Zurufe bei der CSU)

Meine Damen und Herren! In diesem Jahr sind Landtagswahlen.

(Allgemeine Unruhe und Zurufe bei der CSU — Glocke des Präsidenten)

Der Landtag tagt nur noch wenige Monate. Die CSU wird in diesen wenigen Monaten mit allen Mitteln verhindern, daß in diesem Ausschuß die Aufklärung wirklich vorankommt. Dies kann sie z.B. durch das Laden unsinnig vieler Zeugen erreichen oder auch dadurch, daß die wichtigen Zeugen überhaupt nicht geladen werden.

(Abg. Dr. Böddrich: Das ist entscheidend!)

In vielen Jahren leidvoller Erfahrung mit Untersuchungsausschüssen haben wir alle in diesem Haus erlebt, wie die CSU das Spielen auf diesem Verzögerungsklavier perfekt beherrscht.

Gerade unter dem Aspekt, daß dieser Ausschuß Ungeheuerlichkeiten über den schwarzen Filz aufdecken wird,

(König [SPD])

werden Sie mit diesen Mitteln arbeiten. Ich erinnere nur daran, wie im Heubl-Untersuchungsausschuß, nachdem zirka 30 Zeugen gehört worden waren, die Anhörung von Herrn Strauß und von Herrn Heubl verweigert wurde mit der Begründung, man wisse nun alles und brauche diese deshalb nicht mehr zu hören. Im Hinblick auf die anstehenden Wahlen wird das natürlich in diesem Ausschuß viel stärker versucht werden.

Daher fordere ich Sie auf, meine Damen und Herren von der Presse, die Ausschußberatungen kritisch zu verfolgen

(Zurufe von der CSU)

und dazu beizutragen, daß es der CSU nicht so einfach gelingt, mit Verzögerungs- und Verschleierungstaktik die Aufklärung zu verhindern.

(Beifall bei der SPD — Zahlreiche Zurufe von der CSU — Unruhe)

Ein Beispiel dafür, mit welchen Mitteln gearbeitet wird, haben wir in den letzten Tagen schon erlebt. So wurde verkündet, daß Herr Schleicher im Jahr 1973 oder 1976 der SPD in Ingolstadt eine Spende, und zwar in Form der Bezahlung von Rechnungen, die Herr Götz ihm gebracht haben soll, gegeben und daß damit Herr Götz Beihilfe zu einer Steuerhinterziehung geleistet haben soll. Nachdem dies 1973 oder 1974 gewesen sein soll, wäre die Sache für Herrn Schleicher verjährt. Aber es wurde veröffentlicht und unmißverständlich deutlich gemacht, daß dieses auch auf den Tisch müßte, wenn wir im Untersuchungsausschuß Fragen nach Spenden an die CSU stellten. Kollege Götz wird noch eine persönliche Erklärung abgeben, daß er niemals Spenden, egal in welcher Form, von Herrn Schleicher für die SPD erhalten hat.

(Abg. Dr. Merk: Da war er gar nicht im Landtag!)

Die CSU muß von der Einsetzung des Untersuchungsausschusses schon sehr betroffen sein, daß sie zu solchen Mitteln greift, um uns einzuschüchtern und das Ganze in eine dubiose Ecke zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in den nächsten Monaten in diesem Ausschuß intensiv arbeiten müssen. Wir Sozialdemokraten werden alles daran setzen, damit die Aufklärung bis zur Sommerpause gelingt. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Heubl: Das Wort hat der Herr Kollege Dr. Merk.

Dr. Merk (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen, die im Geschäftsordnungsausschuß dabei waren, wissen, wie die Beratung gelaufen ist, und Sie haben einen Vorgeschmack bekommen, was uns im Untersuchungsausschuß erwartet. Das sage ich nicht in bezug auf den Inhalt, sondern auf die Form. Ein Vergnügen wird es mit Sicherheit nicht.

(Zustimmung bei der CSU — Abg. Dr. Böddrich: Das soll es auch gar nicht werden! — Lachen bei der SPD)

— Damit meine ich die Form, in der es ablaufen wird.

Da die Einsetzung des Untersuchungsausschusses der einzige Tagesordnungspunkt ist und die SPD neuerdings dazu übergegangen ist, für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eigens eine Sondersitzung zu beantragen,

(Abg. Klasen: Das war schon nötig!)

muß ich schon etwas länger als die fünf Minuten der Frau Kollegin reden.

(Abg. Dr. Böddrich: Dann bekommen sie halt eine Replik; das ist ja wurscht!)

— Dann bekommen wir halt eine Replik.

Sie behaupten, wir hätten den Herrn Götz zitiert. Es ist nur gesagt worden, daß Herr Schleicher sowohl Frau Kollegin Carmen König wie auch mir gegenüber am Telefon erklärt hat, daß Spenden, etwa 30 000 bis 35 000 Mark,

(Frau Abg. Harrer: Bloß?)

in den Jahren 1974 und folgende nicht nur an die CSU, sondern in gleicher Höhe auch an die SPD gegangen sein sollen.

(Hört, Hört! bei der SPD)

Kein Wort ist darüber gefallen, an wen die Spenden gingen. Mit keinem Wort ist Kollege Götz genannt worden. Sie haben ihn genannt, damit er nachher eine Erklärung abgeben kann, daß er keine Spende bekommen habe.

(Zustimmung bei der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin König?

Dr. Merk (CSU): Nein. Ich mache jetzt einmal etwas ganz anderes.

(Lachen bei der SPD)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sie kennen mich seit 11 Jahren. Ich bin immer auf jede Zwischenfrage eingegangen mit dem Ergebnis, daß ich mit meiner Redezeit Probleme bekommen habe und schnell reden mußte. Sie haben dann versucht, den Zusammenhang der Rede zu beeinträchtigen. Wenn ich keine Zwischenfragen zulasse, brauche ich etwa eine halbe Stunde. Die brauche ich wirklich, um zu erklären, welche Absichten Sie mit diesem Untersuchungsausschuß eigentlich haben.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Die SPD hat ganz offensichtlich eingesehen, daß sie der politischen Arbeit der CSU nichts entgegenzusetzen kann.

(Beifall bei der CSU — Lachen bei der SPD)

Die „neue Kraft“ steht nur auf dem Plakat, nur auf dem Papier!

(Abg. Dr. Böddrich: Das halte ich für Pharisäertum! Der Herr haßt die Selbstgerechten!)

Seit 10 Jahren sieht die SPD vor Wahlen ihr Heil immer wieder in Untersuchungsausschüssen mit dem Hintergedanken: Etwas wird schon hängen bleiben. Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses kommen regelmäßig etwa 10 Monate vor der nächsten Wahl.

(Frau Abg. Burkei: Wenn wir keinen Grund hätten, würden wir die Anträge nicht stellen! —

Frau Abg. Harrer: Ihr liefert den Grund! —

Abg. Dr. Böddrich: Warum stimmt ihr dann zu? Es geht euch doch naß rein!)

Frau Kollegin König hat gesagt, daß der Wahlkampf jetzt beginnt, und man braucht deswegen offensichtlich einen Untersuchungsausschuß.

Ich habe gesagt, seit 10 Jahren betreibt die SPD diese Strategie. Gestatten Sie mir, fünf Minuten lang darauf einzugehen.

1976 hatten wir vor der Bundestagswahl den Untersuchungsausschuß „Vergabe von Studienplätzen“, der bis zur Landtagswahl 1978 lief. Nachdem die SPD im Frühjahr 1978 sah, daß ihr Pulver verschossen war — der SPD ging es ja ohnehin nur um einen Fall, wie Herr Böddrich selbst gesagt hat —, wurde im Januar 1978, also 10 Monate vor

(Dr. Merkl [CSU])

der Landtagswahl, ein neuer Untersuchungsausschuß beantragt mit dem Thema „Steuerfälle“. Herr Kollege Loew hat damals gesagt: Dies, meine Damen und Herren, ist eine Bewährungsprobe des Parlamentarismus. Was ist denn rausgekommen? Sie haben gleich gesehen, daß da nicht viel dabei rauskommt.

(Zurufe des Abg. Loew)

Da die Bundestagswahl 1980 vor der Tür stand, wurde der Untersuchungsausschuß 1979 gleich wieder eingesetzt, ebenso wieder der Untersuchungsausschuß „Vergabe von Studienplätzen“.

(Abg. Klasen: Hätte es das Bundesverfassungsgerichtsurteil schon damals gegeben, hätte die CSU schlecht ausgeschaut!)

Diese zwei Ausschüsse haben aber jetzt natürlich nichts mehr hergegeben.

(Zurufe von der CSU)

So hat man im Februar 1980, also wieder 9 bis 10 Monate vor der nächsten Wahl, einen neuen Untersuchungsausschuß beantragt mit dem Thema „Asylfälle“.

(Abg. Dr. Böddrich: Da kam eine Menge raus!)

Am 20. Dezember 1979 hat Kollege Hiersemann bei der ersten Beratung erklärt: „Einer der größten Skandale in der Nachkriegsgeschichte dieses Hauses!“

(Abg. Dr. Böddrich: Jawohl!)

Ich möchte Herrn Hiersemann empfehlen, heute der Bevölkerung gegenüber zu behaupten, daß das, was man mit den Asylanten in Bayern macht, einer der größten Skandale sei. Ich möchte sagen: Das Wort paßt schon noch, aber jetzt mit umgekehrter Zielrichtung. Die SPD soll sich einmal die Zahlen geben lassen, die gestern der Herr Arbeitsminister Neubauer in der Fraktion genannt hat.

(Abg. Klasen: Sie sind ein übler Zyniker! — Lebhaftes Zurufe von der CSU)

Präsident Dr. Heubl: Herr Kollege, ich weise diesen Ausdruck zurück. Wenn Sie ihn wiederholen, dann rüge ich ihn.

(Abg. Klasen: Wenn er die Fälle kennt! — Abg. Dr. Böddrich: Der kennt doch überhaupt nichts!)

Dr. Merkl (CSU): Ich habe mir die Mühe gemacht, die damalige Rede des Herrn Hiersemann nachzulesen.

(Abg. Dr. Böddrich: Das waren erschütternde Fälle, Herr Dr. Merkl!)

Der Untersuchungsausschuß bezog sich nicht auf diese zwei Fälle, sondern man hat diese beiden Fälle dazu benutzt, die CSU insgesamt in die Ecke der Asylfeindlichkeit zu stellen.

(Abg. Klasen: Da steht ihr auch immer noch! — Abg. Möslein: Das ist doch gar nicht wahr! Das ist doch eine Unverschämtheit! Schauen Sie sich doch die Zahlen an!)

Das, meine Damen und Herren, war ein Schuß nach hinten. Da das also nicht gereicht hat, hat man kurz vor der Bundestagswahl noch einmal einen Untersuchungsausschuß beantragt, nämlich den Untersuchungsausschuß „Marienplatz“.

Dann kam die Landtagswahl 1982, und im Frühjahr 1982 hat man einen neuen Untersuchungsausschuß beantragt zum Thema „Langemann“. Man hat sich damals auf Riesenenthüllungen in „konkret“ bezogen; heute nimmt man den „stern“.

(Abg. Möslein: Das nächste Mal nimmt man „bravo“!)

Als Kollege Hundhammer vor der Landtagswahl einen Zwischenbericht gab, um zu zeigen, daß wir nichts verschleiern wollen, haben Sie auf die Geschäftsordnung gepocht und sich dagegen verwahrt. Sie haben gesagt: Um Gottes Willen, wenn das jetzt herauskommt, daß gar nichts drin ist, dann stehen wir vor der Wahl viel schlechter da, als wir wollten.

(Beifall bei der CSU — Lachen bei der SPD)

Dann kam die Kommunalwahl 1984. Sie haben dazu — nicht im Januar 1983, das wäre zu früh gewesen — im Juli 1983, um wieder die Zehnmonatsfrist einzuhalten, den Untersuchungsausschuß „Baupreisabsprachen“ gebracht. Ich möchte hier an die Vorwegverurteilung erinnern, mit der Sie damals zu Werke gegangen sind und versucht haben, dem Minister Jaumann eins auszuwischen, vor allem dem Kollegen Diethel ein auszuwischen. Wie wurde dieser damals in der Rede anlässlich der Einsetzung des Untersuchungsausschusses diffamiert! Was hat man ihm nicht alles unterstellt! Nachher konnte man sehen, wie alles kläglich zusammengebrochen ist, daß er von uns ehrlicherweise sogar dafür belobigt werden mußte, was er gemacht hat. Aber Sie haben versucht, ihn draußen durch den Kakao zu ziehen, was ja zunächst der Presse geglückt ist.

(Abg. Klasen: Wer hat denn die Verjährung verschlampt?)

Jetzt, meine Damen und Herren, steht wieder eine Landtagswahl vor der Tür; jetzt haben wir wieder Januar, jetzt reicht Ihnen aber nicht ein Untersuchungsausschuß, jetzt müssen es zwei sein, WAA und Mega-Petrol.

Meine Damen und Herren! Was zeigt dieser Rückblick? Er zeigt, daß Sie nur aus wahltaktischen Gründen meinen, hier Munition für die Landtagswahl sammeln zu müssen. Jetzt wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt. Sie wissen, daß wir da mitmachen, weil wir die Dinge im Untersuchungsausschuß richtigstellen wollen und weil wir sie aufklären wollen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie auf „die Presse“ verweisen, so darf ich aus der „Welt“ vom 14. Januar nach der Pressekonferenz der SPD zitieren: „Aber ein Untersuchungsausschuß paßt der ohnehin an Themamangel leidenden SPD ins Landtagswahljahr, läßt sich damit doch ein wenig Staub aufwirbeln und öffentliches Aufsehen erregen!“

Meine Damen und Herren! Da steht, was Sie wollen. Nach dem Motto „Etwas wird schon hängenbleiben“ ist dieser Antrag auf einen Untersuchungsausschuß gestellt worden.

Aber kommen wir zum Untersuchungsausschuß Mega-Petrol selbst. Die Frau Kollegin König hat soeben gesagt, die CSU habe wieder einmal auf dem Verzögerungsklavier gespielt. Worauf will sie hinaus? In der ersten Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 10. Dezember hat die SPD der CSU Verschleppungstaktik vorgeworfen.

(Frau Abg. König: Zu Recht!)

— Sie sagen: Zu Recht; ich werde das gleich zurecht-rücken. Das ist die alte Leier der SPD. Einmal, als die FDP noch im Landtag war, hat ihr das der Herr Kollege Zech abgenommen, der im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuß gesagt hat, das sei die Verschleppungstaktik der CSU.

(Abg. Hiersemann: Ihr Koalitionspartner, Herr Merkl! Gegenruf des Abg. Möslein: Damals war es noch ihrer! — Abg. Hiersemann: Das ist euer Problem, nicht unseres!)

(Dr. Merkl [CSU])

Aber was war denn der Sachverhalt? Im September 1985 stand im „stern“ ein Artikel, auf den der jetzt vorliegende Untersuchungsantrag zurückgeht. Drei Monate hat die SPD gebraucht, um am 4. Dezember im Ältestenrat einen Antrag maschinenschriftlich einzubringen.

(Abg. Dr. Böddrich: Das wird doch noch vernünftig sein!)

Sechs Tage später, am 10. Dezember, tagte der Geschäftsausschuß, dazwischen war ein Wochenende. Die Frau Kollegin König sagte auf meine Einwände hin, ich hätte die Unterlagen erst Stunden vorher bekommen, zum Teil hatte ich sie überhaupt noch nicht, es sei doch genügend Zeit gewesen. Im übrigen sei mir doch der Sachverhalt bekannt aufgrund von zwei Petitionen, die im Rechtsausschuß behandelt worden seien. Der Herr Minister Streibl habe im Haushaltsausschuß einen Bericht gegeben. Im übrigen sei zu befürchten, daß die CSU irgendwann im April sage, die Landtagswahl stehe vor der Tür, im Juli würden die Sitzungen beendet, wir hätten keine Zeit mehr; wir würden mit diesem Argument versuchen, den Untersuchungsausschuß überhaupt zu verhindern.

Meine Damen und Herren! Tatsache ist, daß wir damals schon erklärt haben: Wir wollen nichts verschleppen, wir verschleppen nichts! Wir haben nur Zeit gebraucht, um diesen äußerst schlampigen Untersuchungsantrag so umzuformulieren, daß er zulässig geworden ist.

(Abg. Klasen: Die Vornamen haben Sie eingefügt!)

Ich habe gesagt, das ist ein Vorgeschmack auf das, was uns da erwartet. Es war deshalb lustig, von der Frau Kollegin König zu hören, daß es nicht darum geht, Fehler dahingehend zu korrigieren, daß ein Vorname eingesetzt wird.

(Abg. Dr. Böddrich: Anstatt eines eidesstattlichen Vorgangs!)

— Ich komme gleich darauf. Herr Kollege Hiersemann, Sie wissen doch, wir stimmen zu.

(Abg. Hiersemann: Na also! Alles andere ist doch Korinthenkackerei, Herr Kollege!)

Erst groß tönen am 4. Dezember, dann noch während der Ferien, dann eine Pressekonferenz, am 10. Dezember im Geschäftsausschuß, jetzt in diesen Sitzungen, und dann sagen: Jetzt schleichen wir uns heimlich schnell davon! Da kommen Sie jetzt nicht heraus, und das müssen Sie sich einfach sagen lassen!

(Beifall bei der CSU)

Wenn die Frau Kollegin König hier behauptet, wir hätten nur Vornamen eingefügt, muß man ihr noch einmal sagen, daß es an grundsätzlichen Voraussetzungen gefehlt hat. In Artikel 2 Absatz 2 des Untersuchungsausschußgesetzes steht als Voraussetzung für die Zulässigkeit, daß der Antrag so bestimmt formuliert wird vom Plenum, daß der Untersuchungsausschuß genau weiß, was er prüfen muß. Da hat es ja hinten und vorn gefehlt. Ich habe Ihnen im Geschäftsausschuß allein acht oder neun Punkte aufgezählt, wo es überhaupt nicht gepaßt hat. Es wurde z.B. gefragt: „Hat man irgendwelche Maßnahmen ergriffen?“ Wie soll man denn da einen Beweisbeschluß machen?

Zur Frage: „Gibt es Erklärungen von Beamten?“ hat die Frau König selber zugeben müssen: Wir müßten da sämtliche Beamte des Freistaates Bayern fragen.

(Frau Abg. König: Das ist überhaupt nicht wahr! Sie sagen die Unwahrheit! — Lachen bei der CSU — Glocke des Präsidenten — Abg. Dr. Böddrich: Es ist Faschingszeit, man merkt es!)

— Also, jetzt passen Sie auf: Ich habe gesagt, die Frau König mußte zugeben; das hat sie nicht expressis verbis getan. Ich sage das, damit Sie nicht hinterher einen Grund hat zu sagen, ich hätte etwas Falsches gesagt. Wir haben Ihnen das vorgehalten, und Sie waren mit der entsprechenden Einschränkung einverstanden; Sie haben gesagt: Okay. Was schließe ich dann daraus?

(Frau Abg. König: Daß ich mich nicht über Korinthen streite!)

— Also gut, gehen wir weiter.

Zweites. Es wurden Ausforschungsfragen gestellt

(Abg. Hiersemann: Das war doch immer, Herr Merkl!)

ohne jeden Bezug auf Behauptungen.

(Abg. Klasen: Schiß habt ihr gehabt! — Abg. Hiersemann: Volle Hosen habt ihr!)

Es wurde gefragt: „Ist es richtig, daß ein Verfahren von München nach Augsburg abgegeben wurde?“ — Wir haben gefragt: Ja, wo steht denn so eine Behauptung überhaupt? — Die Frau König hat geantwortet: Streichen Sie es raus! — Also die Frage war unzulässig, und sie konnte von der SPD nicht zulässig gemacht werden, weil man keine Stelle vorweisen konnte, von der eine entsprechende Behauptung aufgestellt ist.

Nun war im Antrag auch eine ganze Reihe sprachlicher Ungenauigkeiten. Ich habe ausdrücklich erklärt: Das ist nur einer von sechs Punkten, aber auch das hat mit den Ausschlag gegeben. Es waren rechtlich unzutreffende Formulierungen drin. Meine Damen und Herren, nachdem im Geschäftsausschuß eine Reihe von Juristen sitzt, können wir halt nicht hinnehmen, daß da steht „Strafmittlungsverfahren“, wenn es so was nicht gibt. Es muß halt „Ermittlungsverfahren“ heißen.

(Abg. Hiersemann: Es gibt bloß ein Ermittlungsverfahren? — Ja Donnerwetter, seid ihr klug! —

Abg. Dr. Wilhelm: Das konntet ihr doch auch gleich richtig machen!)

Wir können auch nicht hinnehmen, daß da steht „eidesstattliche Versicherungen“. Ich habe zur Frau König gesagt: Das haben wir zwei noch gelernt im Jura-Studium, aber jetzt heißt es halt anders; jetzt sind es „Versicherungen an Eides Statt“. Das muß man doch ändern und ändern dürfen!

(Frau Abg. König: Wir haben keinen Widerstand geleistet! — Abg. Hiersemann: Mein Lieber, da habt ihr aber sauber gearbeitet! — Glocke des Präsidenten)

Eine Reihe von Unterstellungen war auch drin. Dinge, die man allenfalls behaupten kann, wurden als Tatsachen hingestellt. Dies ist halt einmal unzulässig.

Meine Damen und Herren, zusammengefaßt:

Der Antrag war, so wie er formuliert war, aus einer ganzen Reihe von schwerwiegenden Gründen unzulässig. Das Verfassungsgericht hat uns in seinem letzten Urteil vom November 1985 gesagt, daß die Mehrheitsfraktion eine gewisse Hilfestellung geben muß, wenn dazu Zeit ist. Das haben wir getan.

(Abg. Hiersemann: Das heißt „Der Bayerische Verfassungsgerichtshof“, Herr Kollege! Wenn schon, denn schon!)

Aber da gab es noch das weit schwerwiegendere Bedenken, ob es nämlich überhaupt möglich ist, hier zu prüfen, weil es sich bei der Landesbank nicht um eine Behörde handelt.

(Dr. MerkI [CSU])

Der Herr Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Merk

(Frau Abg. König: Bruno Merk!)

hat in einer Presseerklärung dieser Tage noch einmal gesagt, man halte es für sehr zweifelhaft, ob man eine Bank prüfen dürfe. Man hätte in jedem Fall umformulieren müssen: „Ist der Staatsaufsicht bekannt, daß ...“ usw. Das wollten wir nicht. Wir haben unsere Bedenken weitgehend zurückgestellt, weil wir gesagt haben, wir wollen ja selber prüfen, und das, meine Damen und Herren, nicht etwa „unter dem Druck der Presse“, wie die Frau Kollegin gemeint hat. Ich bin der Presse sehr dankbar, daß sie in vielen Artikeln herausgestellt hat, daß wir erklärt haben, wir wollen selber prüfen, ob hier Vorwürfe in Richtung Staatsaufsicht, in Richtung Behörden erhoben werden können. Deshalb, haben wir gesagt, wollen wir versuchen, Ihnen Hilfestellung zu geben mit Umformulierungen, damit die Fragen zulässig sind. Soviel zur „Verschleppung“!

Das nächste war „Verschleierungsabsicht“. Die Frau Kollegin König hat in den Sitzungen des Geschäftsordnungsausschusses und auch heute wieder behauptet, was uns unangenehm ist, streichten wir. Meine Damen und Herren! Wir haben erklärt, wir prüfen alles, was zulässig ist. Wir haben ein eigenes Interesse! Aber wir prüfen im Rahmen der Zulässigkeit und der gebotenen Sorgfalt, um eventuellen Schaden nicht zu vergrößern.

(Zustimmung bei der CSU)

Letzteres bezieht sich vor allem auf die Landesbank. Meine Damen und Herren! Ich hoffe, es sind sich alle einig, und wenn jemand nicht unbedingt ein großer Pharisäer ist, muß er das auch auf der anderen Seite des Hauses einräumen, daß die Landesbank ein weltweit renommiertes Bankinstitut ist und daß wir unter allen Umständen mit Vorverurteilungen vorsichtig sein müssen, weil wir sonst der Bayerischen Landesbank einen Prestigeschaden zufügen könnten, den wir alle als bayerische Parlamentarier nicht verantworten könnten.

(Beifall bei der CSU — Zurufe von der SPD)

Mit dieser Reihe von Vorwegverurteilungen hat die SPD in mehrfacher Hinsicht Neuland betreten.

Da gab es am 13. Januar dieses Jahres zwischen der ersten und zweiten Sitzung, in denen sich der Geschäftsordnungsausschuß mit dem Antrag befaßt hat, eine Pressekonferenz, die die beiden von der SPD als Mitglieder des Untersuchungsausschusses vorgesehenen Kollegen Carmen König und Walter Engelhardt gegeben haben. Da bringen sie Dokumente aus den Akten der Staatsanwaltschaft, der Landesbank, des sog. Schäfer-Gutachtens, alles aus dem Zusammenhang gerissen, fällen ein Urteil, und das heißt „schuldig“. Einige Beispiele dazu: Da wird von einem Schneeballsystem gesprochen, bei der Pressekonferenz von einem doppelten Schneeballsystem, das der Landesbank und den Aufsichtsbehörden bekannt gewesen sei.

(Abg. Dr. Böddrich: In Pressekonferenzen reden wir, was wir wollen, und wollen keine Zensur von Ihnen! Unglaublich! — Abg. Dr. Hundhammer: Eine Vorverurteilung! — Gegenruf des Abg. Hiersemann: Aber Herr Hundhammer, nicht schon wieder! Wir zwei sind da ruhig!)

Die Mittelbayerische Zeitung hat z.B. die Überschrift gebracht „Bank kannte Schneeballsystem bei Mega-Petrol“, obwohl, meine Damen und Herren, die Landesbank dies vorher in einer sehr detaillierten Stellungnahme bestritten hatte;

(Zuruf des Abg. Dr. Böddrich)

obwohl die Frau Kollegin König am 21. Januar ein weiteres Schreiben der Landesbank zugegangen war, haben Sie heute wieder ganz genauso gebracht: „Das ist doch bekannt gewesen!“

Die zweite Vorverurteilung: Sie hat unter Vorlage von Bankauszügen erklärt, daß die Landesbank auf Kreditrückzahlungen verzichtet habe, und sie hat laut Presse den Kommentar dazu gegeben, hier sehe man, dies sei doch ein politischer Skandal. Die Frau Kollegin wußte, die Landesbank hat es ihr geschrieben, daß sie die Bankauszüge nur zum Teil hatte. Sie hat falsch gewertet, nicht die Korrespondenz vorgelegt, auch nicht die Mahnschreiben, die die Landesbank an den betreffenden Schuldner gerichtet hat, daß also von einer Niederschlagung keine Rede sein kann. Ich sage jetzt nicht, es wurde nicht niedergeschlagen, sondern ich sage nur: Die Behauptung, hier wurde niedergeschlagen, das sei ein politischer Skandal, ist eine unzulässige und nicht vertretbare Vorwegverurteilung.

(Ironischer Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Ein weiterer Punkt! Die Frau Kollegin König hat erklärt, der Schaden der Landesbank sei mindestens 4,2 Millionen, und daher, ich zitiere aus der Presse, der Vorwurf der Verschwendung öffentlicher Gelder im Sinne der Spezl-Wirtschaft angebracht. Heute hat sie gesagt „schwarzer Filz“.

(Zuruf des Abg. Hiersemann — Frau Abg. König: Beides ist wahr! — Zuruf von der SPD: „Schwarzer Filz“ und Spezl-Wirtschaft ist das gleiche!)

Meine Damen und Herren! Angenommen, der Schaden, der bei der Landesbank durch dieses Engagement bei der Mega-Petrol entstanden ist, wäre tatsächlich 4,2 Millionen, dann wäre dies wirklich eine betrübliche Tatsache, und man müßte dem nachgehen, warum es dazu kommen konnte.

(Abg. Hiersemann: Was heißt hier „betrüblich“! Ein Skandal ist das!)

— Der Kollege Hiersemann sagt, das wäre ein Skandal.

(So ist es! bei der SPD — Weitere Zurufe von der SPD und Gegenrufe von der CSU)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie vergleichen: Das Engagement der Landesbank bei der Mega-Petrol war rund 40 Millionen Mark. Dies sind runde 0,6 Prozent des Kreditvolumens. Die Landesbank hat in den letzten Jahren jährlich über 100 Millionen Mark Gewinn gemacht. Ich meine, selbst wenn sie die 4,2 Millionen Mark wirklich in den Kamin schreiben müßte, würde sie das bei einem Gewinn von über 100 Millionen Mark jährlich nicht umbringen.

(Zuruf: Im Gegensatz zur Neuen Heimat!)

— Im Gegensatz zur Neuen Heimat, sagt der Kollege Gebhardt.

(Zurufe von der SPD)

Wie Sie in den Nachrichten heute früh gehört haben, steht der Herr von Galen seit heute vor Gericht wegen eines Mißengagements von 750 Millionen, und wenn Sie die „Wirtschaftswoche“ vom 17. Januar aufschlagen, dann lesen Sie von Wertberichtigungen nicht nur der Raiffeisen-Zentralbank, sondern einer ganzen Reihe von Genossenschaftsbanken in Deutschland, und in der „Süddeutschen Zeitung“ von heute früh können Sie lesen, daß der Chef der Neuen Heimat erklärt hat: Was wollt Ihr denn!

(Dr. Merkl [CSU])

(Abg. Klasen: Endlich sind wir beim Thema! — Gegenruf des Abg. Herbert Huber (Landshut): Was heißt da „endlich“! Das ist doch der Skandal! Darüber sollte man reden! — Gegenruf des Abg. Klasen: Macht halt einen Untersuchungsausschuß! — Abg. Hiersemann: Was ist mit den Bundesbedienstetwohnungen, Herr Kollege? Die verscherbelt ihr doch! — Glocke des Präsidenten)

18 Milliarden Mark Schulden, diese Zahl muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, stehen 22 Milliarden DM Substanz gegenüber!

(Da schau her! bei der SPD)

Und er sagte, wer hier davon spreche, dies sei ein finanzielles Problem, mache nur Theaterdonner.

Meine Damen und Herren! Damit Sie mich nicht einer unrichtigen Aussage bezichtigen können: 18 Milliarden Mark Schulden sind natürlich nicht gleichzeitig 18 Milliarden Mark Wertberichtigung oder in den Kamin geschrieben. Wenn 18 Milliarden Mark Schulden bei 22 Milliarden Mark Substanz „Theaterdonner“ sind, aber 4,2 Millionen Mark Wertberichtigung bei über 100 Millionen Mark Gewinn jährlich ein „Skandal“,

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CSU)

dann muß ich schon sagen, wenn Sie Willy Brandt fragen würden, der würde Ihnen entgegenhalten: Aber Freunde, das sind doch nicht einmal Petitesse!

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CSU —
Abg. Hiersemann: Es ist schon merkwürdig, wie Sie das hier betreiben, merkwürdig, Herr Merkl!)

Die SPD ging noch einen Schritt weiter. Die Frau Kollegin Carmen König ist ursprünglich immer darauf herumgeritten, es gehe gar nicht um die möglichen 4,2 Millionen, es gehe um über 200 Millionen, die die Kommanditisten verloren hätten. Sie hat aber dann schnell den Haken gemerkt und in der Pressekonferenz eingeschränkt: Für uns ist das politisch nicht weiter interessant. Jetzt frage ich: Warum ist eigentlich der Schaden von 200 Millionen, der angeblich jemandem zugefügt wurde, nicht interessant? Sie haben gemerkt, die Zeitungen haben es auch geschrieben, daß man damit sehr schnell auf ein Gleis kommen könnte, wo der Vorwurf des Herrn Schöfberger, wir seien die Partei der Spekulanten, plötzlich umgekehrt und gesagt werden kann: Ihr seid ja die Partei, die sich für die Spekulanten einsetzt!

(Abg. Hiersemann: Das ist doch das Dümme, was hier seit langem erzählt worden ist!)

Also haben Sie das fallen lassen.

In Wirklichkeit betreibt die SPD mit diesem Untersuchungsauftrag, so wie er gestellt wurde, doch die Interessen derer, die hier, so bedauerlich das sein mag, Geld verloren haben. Meine Damen und Herren, das waren doch keine Leute, die nicht wußten, was sie tun, auf was sie sich da einlassen! Und wenn hier etwas falsch gelaufen ist, wenn sie getäuscht worden sind, werden sie schon klagen. Nur geht eines nicht: Weil man Bedenken hat, ob eine zivilrechtliche Klage Erfolg haben könnte, probiert man politischen Druck auf die Landesbank, um sie vielleicht zu bewegen, daß sie lieber zahlt, bevor sie sich ihren Namen kaputt machen läßt. Nein, meine Damen und Herren, da muß schon geklagt werden!

(Abg. Klasen: Die haben doch plötzlich Schulden getilgt! — Abg. Hiersemann: Lehnen Sie nun den Antrag ab oder nicht? — Abg. Möslein: Das ist Ihnen wohl unangenehm!)

Eine weitere Vorwegverurteilung können wir so nicht stehen lassen, denn bis der Untersuchungsausschuß zu dem Thema kommt, gehen vielleicht Monate ins Land.

(Abg. Hiersemann: Zur Sache, ich habe was zu tun, ich weiß nicht, ob Sie nichts zu tun haben!)

— Also ich kann auf Ihre Gegenwart verzichten.

(Abg. Hiersemann: Wir können auf Sie auch verzichten!)

— Nein, Sie können auf mich nicht verzichten, weil ich jetzt für die Fraktion hier rede, aber Sie können gehen, weil Sie jetzt nichts zu reden haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren! Frau König hat vorhin immer wieder als Vorspann gebracht, wir wollen prüfen und untersuchen, ob dieser oder jener dies oder das getan habe. Sie hat aber dieses Handeln dann gleich immer als Tatsache unterstellt. Es kam auch wieder vor, daß Minister Streibl als Verwaltungsratsvorsitzender nicht rechtzeitig eingegriffen hätte. Dabei wird völlig außer acht gelassen, daß der Landtag als Gesetzgeber mit dem Gesetz über die Errichtung der Bayerischen Landesbank zahlreiche Kontrollen eingebaut hat. Da gibt es den Vorstand, den vierköpfigen Verwaltungsrat, den Kreditausschuß. Vielleicht sollte man einmal hinzufügen: Im Untersuchungsausschuß wird Gelegenheit sein darzulegen, daß man sich offenbar Herrn Streibl lediglich deshalb herausgepickt hat, weil er politisch interessant ist. Man hat dabei völlig außer acht gelassen, daß in dem ganz wichtigen Zeitraum von Juni 1981 bis Juni 1984 Herr Streibl gar nicht Verwaltungsratsvorsitzender war, sondern daß dies der Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes war. Ich habe damit nicht gesagt, daß diesem daraus ein Vorwurf zu machen sei; ich sage nur, auch das müßte man eigentlich der Vollständigkeit halber herausstellen. Man müßte sagen, daß Finanzminister Streibl erst wieder im August 1984, glaube ich, den Vorsitz übernommen hat.

Frau König sagt: Da sitzen die Leute vom Umweltministerium und von woher was weiß ich überall drin! Wären Sie, Frau König, dann halt auch so fair gewesen und hätten zum Beispiel auch gesagt: Aber jetzt, seit Juni 1984, passiert garantiert nichts mehr; denn jetzt sitzt für uns Herr OB Kronawitter drin!

Man sollte also auch einmal darstellen, meine Damen und Herren, daß es sich beim Verwaltungsrat nur um eine Kontrollmöglichkeit handelt. Dazu kommt die Staatsaufsicht, die etwas ganz anderes ist als der Verwaltungsrat. Wir werden dabei auch klar herausstellen müssen, daß die Staatsaufsicht keine Fachaufsicht ist, sondern eine Rechtsaufsicht. Die Frage ist, ob die Staatsaufsicht überhaupt Zweckmäßigkeitserwägungen anstellen kann. Nach § 19 des Gesetzes über die Errichtung der Landesbank besteht die Staatsaufsicht aus dem Finanzminister, dem Innenminister und Staatsbeauftragten. Letztere sind ein weiteres Institut. Dazu kommen ein selbständiger Treuhänder, ein selbständiger Abschlußprüfer und der Oberste Rechnungshof.

Dies alles, meine Damen und Herren, wird völlig außer acht gelassen ebenso wie der Umstand, daß der Finanzminister als nur eines dieser Kontrollorgane Ihnen von der SPD rechtzeitig die Details vorgetragen hat, die aus der damaligen Sicht bekannt waren; Ihnen berichtet hat, was in der Bank vorgekommen ist. Er hat zur Aufklärung des Sachverhalts getan, was getan werden konnte, und er hat dargelegt, welche Konsequenzen er zusammen mit anderen Mitgliedern des Verwaltungsrats gezogen hat.

Damit komme ich zum letzten Komplex Ihres Vorwurfes, wir wollten etwas verschleiern. Dieser Komplex des soge-

(Dr. Merkl [CSU])

nannten „schwarzen Filzes“ wird Sie durch die Behauptung, die in der Frage steckt, ob man mit Hilfe von Geldspenden versucht hat, auf das Steuerverfahren des Herrn Schleicher Einfluß zu nehmen, besonders interessieren.

Sie hatten dazu in Ihrem Antrag zwei Ziffern vorgesehen, die wir zunächst gestrichen haben, eine davon auch mit Ihrem Einverständnis, wobei die zweite Ziffer nun aber wieder eingefügt werden soll. Ich sage Ihnen auch warum, nicht aus schlechtem Gewissen. Ich begründe es Ihnen:

Der Antrag lautete damals unter II, jetzt III, Nummer 7:

Treffen Behauptungen zu, daß Herr Schleicher im zeitlichen oder sachlichen Zusammenhang mit den Steuererfahrungen Spenden oder Zuwendungen an die CSU, Staatsminister Streibl oder den Landesbank-Vorsitzenden Huber geleistet hat?

Meine Damen und Herren! Als die SPD den Untersuchungsauftrag zusammenstellte, mußte sie schon gemerkt haben, daß da kein Zündstoff drin ist, und sie mußte sich gesagt haben, daß da was Anrüchiges rein muß, daß ein paar CSU-Leute hinein müssen. Aber: Wie bringen wir die hinein, damit auch die Presse darüber schreibt? Man muß sie in Zusammenhang mit Spenden bringen!

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Ziffer gestrichen. Warum? Nicht, weil wird derartiges nicht prüfen lassen wollen, sondern weil eine solche Behauptung ganz offensichtlich unzulässig ist. Es heißt dort: „Treffen Behauptungen zu...“ Wir haben gefragt: Wo gibt es denn eine Behauptung, daß Herr Schleicher dem Herrn Streibl oder dem Herrn Huber Geld gegeben hat? Eine solche Behauptung konnte man uns nicht vorlegen, geschweige denn eine Behauptung des Inhalts, daß in einem zeitlichen oder sachlichen Zusammenhang Spenden geleistet wurden. Es handelt sich also um eine völlig aus der Luft gegriffene Behauptung, um dem Untersuchungsantrag etwas Anrüchiges anzuhängen.

(Abg. Herbert Huber [Landshut]:
Das ist vielleicht eine Methode!)

Wir haben aber der SPD eine Brücke gebaut,

(Lachen der Frau Abg. König)

indem wir gesagt haben: Niemand hat so etwa behauptet, ihr könnt die Leute aber danach fragen. So haben wir in einer eigenen Ziffer III.4 gesagt, man kann das im Rahmen des Untersuchungsantrages prüfen. Wir haben also trotz der unzulässigen Fragestellung diese Möglichkeit gegeben, weil wir uns gesagt haben, daß kein Mensch da etwas behaupten kann. Wenn im Untersuchungsausschuß Herr Huber gefragt wird: Ist die Behauptung zutreffend, daß Sie von Herrn Schleicher Geld gekriegt haben, und Herr Huber fragt zurück, wo gibt es denn eine solche Behauptung, dann wird der Herr Vorsitzende sagen müssen, daß man das nie behauptet habe, und Frau König wird dann sagen müssen, man wisse nicht, woher die Behauptung komme, und dann wird alles zerplatzen. Es wäre unverantwortlich gewesen, meine Damen und Herren, wenn dieses Hohe Haus die Bestimmung so, wie sie vorgesehen war, in den Untersuchungsauftrag aufgenommen hätte. Das wäre unzulässig und rechtlich überhaupt nicht haltbar gewesen.

In der Septemerausgabe des „stern“ kommt nur die CSU vor. Es heißt dort: Schleicher soll der CSU Millionen zugesteckt haben. Und jetzt betritt die SPD wiederum Neuland — einmal habe ich es schon erwähnt unter Hinweis auf Ihre Pressekonferenz —, und es fährt die als stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses vorgesehene Carmen König am Dienstag, also vorgestern, mit einem Mitarbeiter der Fraktion, der Protokoll geführt hat, in der Art eines beauftragten Richters nach Ingolstadt

und vernimmt dort den Herrn Schleicher drei Stunden im Beisein seines Rechtsanwalts.

(Abg. Leeb: Sauber! — Lachen der Frau Abg. König — Abg. Herbert Huber [Landshut]:
Das ist ja spanische Inquisition!)

Meine Damen und Herren! Frau König sagt, sie hätte ihn nicht vernommen, sondern sie hätte sich mit ihm unterhalten, aber das ist ja wurscht.

(Lachen bei der CSU — Abg. Dr. Böddrich: Ihr werdet langsam wirklich großwahnstinnig!)

— Na ja, ich wollte Ihnen die Chance geben.

Sie hat ihn gefragt, wie denn das gewesen sei; sie wollte also ihre Munition, die naß geworden war, trocknen und neue Munition holen. Aber was erfährt sie da? Auf die Frage, ob denn das im „stern“ stimme, daß der CSU Millionen zugesteckt worden seien, hat ihr Herr Schleicher erklärt, daß von ihm 30 000 bis 35 000 DM der CSU gegeben worden seien. Ich sage Ihnen auch, woher ich das weiß. Als ich mittags vor Beginn der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses den Hinweis bekommen habe, daß Frau König in Ingolstadt bei Herrn Schleicher war, habe ich mir gesagt, eine gewisse Waffengleichheit muß schon sein,

(Abg. Hiersemann: Dann haben Sie ihn telefonisch vernommen!)

ich war selbst einige Jahre lang Staatsanwalt.

(Abg. Kurz: Davon merkt man nichts mehr!
Wo waren Sie denn Staatsanwalt?)

und es hätte mir wirklich Spaß gemacht, da nachzusehen, aber auf die Idee, nach Ingolstadt zu fahren und Herrn Schleicher anzuhören, wäre ich nie gekommen.

(Abg. Hiersemann: Herr Hundhammer, schütteln Sie nicht den Kopf, Sie haben damals (im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuß Langemann) auch mit Gott und der Welt geredet!)

Aber nachdem das nun mal passiert war, habe ich Herrn Schleicher angerufen und ihn

(Abg. Hiersemann: Vernommen! — Weiterer Zuruf von der SPD: Verhört!)

— vernommen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe ihm gesagt: Herr Schleicher, wir bekommen in dieser Sache einen Untersuchungsausschuß. Ich habe gehört, daß die Frau König bei Ihnen war.

(Abg. Klasen: hot'a gsagt sagt' a!)

Er hat gesagt, ja, sie war drei Stunden lang da, und wenn Sie wollen, können Sie auch kommen, Sie erfahren das gleiche. Mir haben zehn Minuten gereicht, um zu erfahren, daß er der Frau König auf die Frage nach den Millionen erklärt hat, daß in den Jahren 1974 folgende die CSU von ihm 30 bis 35 000 Mark bekommen habe. Er hat mir nicht erklärt, wem und wofür er das Geld gegeben hat.

(Frau Abg. König: Aber mir!)

Das blieb offen. Er hat der Frau König gesagt, daß die SPD das gleiche bekommen habe.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört! — Lebhaftige Unruhe — Abg. Möslein: Aussage Schleicher! — Abg. Hiersemann: Ach so, das stimmt jetzt, was der Schleicher sagt? — Widerspruch bei der CSU — Abg. Hiersemann: Warum schreit ihr denn so? Sie haben doch immer von Vorverurteilung gesprochen! — Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Kamm: Darf ich um etwas mehr Ruhe im Hause bitten! Herr Kollege Dr. Merkl, Ihre Redezeit geht langsam zu Ende. Ich bitte Sie fortzufahren.

Dr. Merkl (CSU): Meine Damen und Herren! Wenn Herr Schleicher behaupten könnte, er hätte der CSU Kelheim oder mir für meinen persönlichen Wahlkampf 35 000 DM gegeben, ich wäre nicht unglücklich darüber. Ich weiß gar nicht, warum man sich da so aufregt. Er hat es aber nicht getan. Wir haben auch nie behauptet, daß Herr Schleicher dem Kollegen Götz Geld gegeben hätte; der Name Götz fällt jetzt zum erstenmal. Lieber Freund Götz, ich kann Ihnen leider nicht die Chance zu einer persönlichen Erklärung geben.

(Zuruf des Abg. Klasen)

Nie hat Herr Schleicher mir gegenüber behauptet, es stand auch nirgends so, daß die SPD Ingolstadt das Geld bekommen hätte. Er hat nur gesagt, die SPD hat's bekommen.

(Abg. Klasen: Sie haben ihn schlecht vernommen!
Sie sind ein schlechter Staatsanwalt!)

Meine Damen und Herren! Wir hätten im Untersuchungsauftrag die Frage so umformulieren müssen, und damit hätten wir eine Behauptung gehabt: Ist die Behauptung des Herrn Schleicher zutreffend, daß in den Jahren 1974 folgende sowohl die CSU wie auch die SPD

(Zuruf von der SPD: In Klammern Götz!)

30 bis 35 000 DM Spenden bekommen haben? Wir hätten aber auch dann gesagt, daß die Formulierung unzulässig ist, weil damit überhaupt noch kein Bezug auf irgendein unkorrektes Verhalten hergestellt gewesen wäre.

(Abg. Hiersemann meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Nein, jetzt nicht, Herr Kollege Hiersemann. Ich habe schon gesagt, daß mir Ihre Zwischenrufe reichen.

(Abg. Fichtner: Da kämen Sie ins Schleudern, gel!)

Wir kommen Ihnen aber entgegen, indem wir in die Ziffer 4 aufnehmen, ob versucht wurde, Einfluß auf das Steuerverfahren Schleicher zu nehmen, etwa durch Spenden oder Zuwendungen an die CSU. Es steht also jetzt drin. Meine Damen und Herren, also alles in Rauch aufgelöst!

Nun zur letzten Ziffer. Wir hatten vor, die Ziffer 6 zu streichen, die lautete:

Trifft es zu, daß im Jahre 1978 an Finanzminister Streibl von Herrn Willner im Hotel Vier Jahreszeiten in München Geld in einem Umschlag übergeben worden ist? Falls ja, wofür?

Ich habe im Geschäftsordnungsausschuß ausgeführt, dies sei a) der einzige Fall, wo konkret stehe, daß einer Geld bekommen habe, b) daß dies im Jahre 1978 gewesen sei und c) im Zusammenhang mit dem Steuerverfahren Schleicher.

Was hat eine eventuelle Geldübergabe des Herrn Willner damit zu tun? Dies soll 1978 gewesen sein. Im „stern“ steht, 1979 hätten sich die Herren Schleicher, Reuther und Willner im Hotel Vier Jahreszeiten getroffen; ich komme noch auf das geänderte Datum. Diese Passage steht im „stern“ im Zusammenhang mit Herrn Willner. Es heißt dort, Herr Willner habe sich in den siebziger Jahren als bayerischer Reeder einen Namen gemacht und schnell gemerkt, daß es für die Publicity und für die Geschäfte gut sei, wenn man Kontakte zu Kabinettsmitgliedern oder sonstigen Persönlichkeiten aufweisen könne. Er hat sich deshalb an den Wirtschaftsminister Jaumann gewandt. Dieser hat seine Idee gut gefunden und ist auch ein paarmal für ihn bei Veranstaltungen aufgetreten. Als nächster stand auf der Wunschliste des Herrn Willner Minister Streibl. Willner hat

mit ihm Kontakt aufgenommen, Streibl hat alsbald eine Laudatio in den Vier Jahreszeiten auf ihn gehalten, und für dieses Lob steckte der Herr Willner nach seinen Worten dem Minister ein Kuvert in die Tasche. Die Behauptung des „stern“ lautete also: Herr Willner wollte guten Kontakt zum Kabinett, er hat sich die Leute zu Vorträgen geholt, und er hat auch dem Herrn Streibl im Jahre 1978 für einen Vortrag Geld gegeben.

Ich habe dazu erklärt, daß dies überhaupt nicht anrühlich sei. Was soll dies im Untersuchungsausschuß? Was soll der Auftrag zu prüfen, ob ein Steuerverfahren des Herrn Schleicher deshalb vielleicht eingestellt wurde, weil Minister Streibl für einen Vortrag von Herrn Willner Geld bekommen hat? Ich wollte das aus dem Untersuchungsauftrag heraus haben. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß dies unzulässig sei.

Meine Damen und Herren! Der Minister hat dies auch gehört, ich haben den Herrn Minister nicht vernommen. Ich habe auch nicht zu ihm gesagt, daß ich das wissen will. Es war vielmehr so, daß der Minister, nachdem er gehört hatte, daß ich im Geschäftsordnungsausschuß die dargelegte Meinung vertreten hatte und daß ich trotz des massiven Protestes der SPD nach wie vor der Meinung gewesen war, daß dies nicht zulässig sei, mir gesagt hat: Warum wollt ihr das denn herauslassen? Laßt es doch drin, ich habe nichts zu verbergen!

(Frau Abg. König: Und dann beschließen Sie die Unzulässigkeit der Frage!)

Gestern war als Überschrift in den Zeitungen zu lesen: CSU will Streibl herauslassen. Die Journalisten sind nach der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses zu mir gekommen und haben gefragt: Warum wollt ihr denn den Namen Streibl nicht drinhaben? Ich habe erklärt: Streibl selbst hat nichts dagegen, aber die Frage ist für mich unzulässig. Der Minister hat aber gesagt — —

(Frau Abg. König: Und damit ist sie zulässig?)

— Nein, der Minister hat gesagt, wenn die Frage herausbleibt und wenn dies rechtlich durchgesetzt werden kann, daß man dann schreiben wird: Im Untersuchungsausschuß ist nichts rausgekommen, aber wenn man diese eine Frage zugelassen hätte, dann wäre das der Knüller gewesen. Laßt deshalb die Frage drin! Der Minister hat auf meine Frage, ob ich das hier offenlegen kann, sogar noch gesagt: Selbstverständlich! Denn wenn er selbst in einigen Monaten gefragt wird, könnte er wohl nichts anderes aussagen.

(Zuruf von der SPD)

Die Behauptung im „stern“ könnte allenfalls folgenden Vorgang zum Inhalt haben, der seiner Erinnerung nach im Jahre 1977 war, als sich Reeder aus ganz Deutschland im Hotel Vier Jahreszeiten zu einem Abendessen getroffen haben. Bei diesem Essen war auch Herr Willner dabei, aber nicht als der Große, sondern als einer von vielen. Es gab ein Essen

(Frau Abg. König: Und ein Kuvert!)

und möglicherweise, der Minister glaubt aber gar nicht, daß es so war, vielleicht eine Tischrede. Da gab es keinen Vortrag, da gab es kein Geld.

(Zuruf des Abg. Kolo)

Meine Damen und Herren! Es kann sein, daß Herr Willner dem „stern“ gesagt hat, daß es im Vier Jahreszeiten ein Essen gab und daß er mit Streibl zusammen gewesen sei. Daraus hat man dann diese Story gemacht. Darum ist es, glaube ich, einfach notwendig, dies der Öffentlichkeit, auch wenn die Frage als solche unzulässig ist, zu sagen.

(Abg. Hiersemann: Weil es der Minister gesagt hat!)

(Dr. Merkl [CSU])

Denn es handelt sich um den harmlosesten Vorgang, den man sich vorstellen kann. Wenn Sie da nur ein bißchen recherchiert hätten, nicht nur beim Herrn Schleicher, dann wären Sie auch zu diesem Ergebnis gekommen.

(Abg. Kjasen: Frau König, wären Sie halt auch zum Streibl gegangen!)

Meine Damen und Herren! Ich halte die Frage zwar nach wie vor für unzulässig, um aber jedem Vorwurf vorzubeugen, wir hätten etwas zu vertuschen, muß die Frage bleiben. Ich werde darin jetzt durch den Kommentar in der heutigen SZ bestärkt, der mir vor der Sitzung heute früh gezeigt worden ist. Den hatte ich heute früh, das heißt gestern abend, als ich mir die Süddeutsche Zeitung gekauft habe, nicht gesehen. Ich war von dem Artikel über die Neue Heimat und über diesen „Theaterdonner“ so überrascht, daß ich gar nicht mehr weiter gekommen bin.

(Zurufe von der SPD)

Da steht auch ein Kommentar drin — —

Erster Vizepräsident Kamm: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

Dr. Merkl (CSU): Ich bin sofort fertig, ich bringe nur noch die Zusammenfassung.

(Abg. Hiersemann: Er hat Ihnen das zugespielt?)

Da schreibt ein Kommentator, der schon länger als ich das Geschehen in diesem Landtag verfolgt und der es deshalb eigentlich hätte wissen müssen, daß hier nicht von der Abstimmungsguillotine gnadenlos Gebrauch gemacht wurde. Leider war der Kommentator nicht im Geschäftsausschuß. Wenn er mich vorher gefragt hätte, hätte ich ihm sagen müssen: Mein lieber Freund, da sind Sie völlig falsch informiert! Ohne vorher zu recherchieren, sollte man eigentlich solche Kommentare nicht schreiben.

(Zurufe von der SPD)

Ich fasse zusammen:

Erstens. Wir haben keinen Grund, etwas nicht aufklären zu lassen. Der Untersuchungsausschuß soll aber den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Wir sind über diese hinaus sogar noch einige Schritte weiter gegangen.

Zweitens. Auch wir wollen wissen, ob Vorwürfe erhoben werden müssen, aber wir wollen uns erst ein Urteil bilden, wenn der Untersuchungsausschuß abgeschlossen ist. Die SPD hat hier leider wieder einmal vorweg geurteilt, zum Schaden der Bayerischen Landesbank und auch zum Schaden der Aufsichtspersonen, die mitbetroffen sind.

Drittens. Das Institut des Untersuchungsausschusses als die sogenannte schärfste Waffe des Parlaments wird immer stumpfer, wenn es von der SPD immer mehr dazu benützt wird, insbesondere vor Wahlen, fehlende Argumente in der politischen Auseinandersetzung zu ersetzen.

Meine Damen und Herren! Die Bevölkerung erwartet, daß wir die uns vom Herrgott gegebene Zeit und Kraft dafür verwenden, die Probleme unseres Landes zu lösen.

(Beifall bei der CSU)

Ich zweifle sehr, ob der Untersuchungsausschuß diesem Ziele dienlich ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU — Abg. Hiersemann: Aber Sie stimmen zu! Der Matsch ist lustiger!)

Erster Vizepräsident Kamm: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Zu einer persönlichen Erklärung nach § 111 der Geschäftsordnung hat das Wort Herr Kollege Dr. Götz.

Dr. Götz (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gestern von meiner Kollegin Carmen König, die dem Untersuchungsausschuß angehört, erfahren, daß Herr Schleicher behauptet hätte, der Ingolstädter SPD 1973/74

(Zurufe von der CSU)

— 1974 war übrigens ein Landtagswahljahr, spätere Jahre schloß er absolut aus — 25 000 DM gespendet zu haben. In mehreren Telefonaten gestern noch zwischen Carmen König und Herrn Schleicher wurde dies von letzterem dahin konkretisiert, er hätte mir die Spende gegeben, ich hätte sie erhalten.

Als derzeit amtierender Kreisvorsitzender der Ingolstädter SPD habe ich unser Büro angewiesen, sofort nachzuprüfen, ob diese Behauptung zutrifft. Verdächtigungen werden in der öffentlichen Meinung schnell zur Wahrheit, wenn sie nicht rechtzeitig dementiert werden.

(Zurufe von der CSU: Wie wahr, wie wahr!)

Gestern abend war diese Prüfung abgeschlossen, es waren keinerlei Anhaltspunkte zu finden. Die Behauptung ist un wahr. Ich habe selbst noch gestern abend mit unserem damaligen Kreisvorsitzenden, mit unserer Druckerei, unserer Werbeagentur und heute vor der Sitzung noch mit drei Druckereien, mit denen wir 1978 zusammengearbeitet haben, telefoniert, aber es fanden sich keine Anhaltspunkte.

Ich fordere deshalb auch von hier aus, ich werde es heute auch noch schriftlich tun, Herrn Schleicher auf, den Beweis für solche Behauptungen zu liefern oder uns Märchenstunden dieser Art zu ersparen. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD — Abg. Hiersemann: Jetzt eine persönliche Erklärung der CSU, daß sie keine 35 000 DM bekommen hat!)

Erster Vizepräsident Kamm: Wir kommen zur Abstimmung. Die Grundlage bilden die Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Geschäftsordnung und Wahlprüfung auf den Drucksachen 10/8973 und 10/8982. Wer dem Antrag in der Fassung der Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Geschäftsordnung und Wahlprüfung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Nachdem Sie der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zugestimmt haben, ist noch die Zahl der Mitglieder festzulegen. Gemäß Artikel 4 des Untersuchungsausschußgesetzes besteht ein Untersuchungsausschuß aus mindestens sieben Mitgliedern. Ich darf das Hohe Haus fragen, ob mit der vorgesehenen Stärke von sieben Mitgliedern Einverständnis besteht. — Ich höre keinen Widerspruch. Das ist der Fall.

(Abg. Hiersemann: Darüber stimmen wir ab!)

— Ist das ein Antrag, Herr Kollege Hiersemann?

(Abg. Hiersemann: Das ist ein Antrag!)

— Es ist beantragt, darüber abzustimmen, daß der Untersuchungsausschuß aus sieben Mitgliedern bestehen soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! — Stimmenthaltungen? — Mit Mehrheit so beschlossen.

Auf die Fraktion der CSU entfallen somit fünf und auf die Fraktion der SPD zwei Mitglieder.

(Erster Vizepräsident Kamm)

Nach Artikel 3 des Untersuchungsausschußgesetzes werden als Vorsitzender und als stellvertretender Vorsitzender durch die Vollversammlung zwei Mitglieder des Landtages bestimmt. Als Vorsitzender ist Herr Abgeordneter Dr. Gerhard Frank vorgeschlagen, als stellvertretender Vorsitzender die Frau Abgeordnete Carmen König. Ich frage das Hohe Haus, ob Einverständnis besteht, daß ich beide Wahlen gemeinsam vornehme. — Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer mit Herrn Dr. Frank als Vorsitzendem und Frau König als stellvertretender Vorsitzender einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltung der Betroffenen einstimmig so beschlossen.

Auch die Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind zu wählen. Von der Fraktion der CSU wurden benannt die Kollegen Dr. Karl Lautenschläger, Dr. Gerhard Merkl, Hans Spitzner und Alfons Zeller. Als Stellvertreter hat die Fraktion der CSU die Kollegen Franz Brosch, Karl Häußler, Herbert Huber (Landshut), Karl Schön und Erwin Stein bestimmt. Von der Fraktion der SPD wurden als Mitglieder benannt Herr Kollege Walter Engelhardt und als Stellvertreter die Kollegen Günter Wirth und Max von Heckel.

Ich darf darüber abstimmen lassen, ob das Hohe Haus dieser Besetzung des Untersuchungsausschusses zustimmt. Wer ihr zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! — Stimmenthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 2:

Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs; Neuwahl berufsrichterlicher Mitglieder

Mit Schreiben vom 3. Dezember 1985 teilt der Herr Ministerpräsident mit, daß der Vorsitzende Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Herr Walter Stadlmeier, mit Ablauf des 30. November 1985 in den Ruhestand trat und mit diesem Zeitpunkt auch aus seinem Amt als berufsrichterliches Mitglied ausgeschieden ist.

Im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes schlägt der Herr Ministerpräsident als Nachfolger für Herrn Stadlmeier in seinem Amt als berufsrichterliches Mitglied den Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, Herrn Dr. Horst Konrad, zur Wahl vor.

Wortmeldung dazu Herr Kollege Wirth. Bitte, Herr Kollege!

Wirth (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird zunächst nicht überraschen, daß die SPD zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort ergreift. Nachdem dies aber aus diesem Anlaß schon öfters der Fall war, befinden Sie und ich mich in der angenehmen Situation, daß ich vollinhaltlich auf vorausgegangene Ausführungen verweisen kann. Ergänzend möchte ich allerdings zwei Punkte anmerken:

Erstens. Ich halte es für erstaunlich, daß die CSU bei der komfortablen Mehrheit, die sie hat, so wenig Selbstbewußtsein aufbringt, daß sie in der Frage der Auswahl von Verfassungsrichtern, nichtjenen Regelungen zustimmt, die

in anderen Bundesländern in der Zwischenzeit eine Selbstverständlichkeit sind.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Die Tatsache, daß Sie immer noch glauben, die Richter des Verfassungsgerichtshofes mit Ihrer Mehrheit allein auswählen zu können, trägt dazu bei, daß die Autorität dieses Gerichtes leidet.

(Beifall bei der SPD)

Eine gesetzliche Regelung durch den Bayerischen Landtag wäre im Sinne des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes und würde gewährleisten, daß Verfassungsrichter vom Vertrauen der Regierungspartei und der Opposition getragen sind.

Die SPD wird aus den bekannten Gründen gegen die genannten Personen stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Kamm: Keine weitere Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Wahl des Herrn Dr. Horst Konrad zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! — Stimmenthaltungen? — Bei Stimmenthaltung der SPD und einigen Gegenstimmen aus den Reihen der SPD mit Mehrheit so beschlossen.

Mit Schreiben vom 22. Januar 1986 teilt der Herr Ministerpräsident mit, daß der Vorsitzende Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht, Herr Walter Hueber, mit Ablauf des 30. November 1985 in den Ruhestand getreten und mit diesem Zeitpunkt auch aus seinem Amt als berufsrichterliches Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs ausgeschieden ist.

Im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs schlägt der Herr Ministerpräsident vor, als Nachfolger für Herrn Hueber in seinem Amt als berufsrichterliches Mitglied den Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht München, Herrn Dr. Josef Kotsch, zu wählen.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer mit der Wahl des Herrn Dr. Josef Kotsch zum berufsrichterlichen Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! — Stimmenthaltungen? — Bei gleichem Abstimmungsverhalten wie zuvor so beschlossen.

Damit ist auch Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich noch folgende Umbesetzungen in den Ausschüssen bekannt:

1. In den Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft wird anstelle des Herrn Abgeordneten Ludwig Meyer Herr Abgeordneter Friedrich Loscher-Frühwald entsandt.
2. Für den Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen wird anstelle des Herrn Abgeordneten Loscher-Frühwald Herr Abgeordneter Arthur Auer benannt.

Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 10 Uhr 52 Minuten)